worden ist. Man darf den Kopf nicht in den Sand stecken und muß das Ding beim richtigen Namen nennen: Bulgariens Verrat ist schärfer zu verurteilen, als der Verrat Rumäniens, als der Bündnisbruch Italiens. Es gibt nicht viele Entschuldigungen für das Land. Gewiß wird man auf die inneren Schwierigkeiten hinweisen. Doch diese reichten nicht hin, den Schritt der Bulgaren zu rechtfertigen. Wir stehen einer ganz neuen, und was nicht verschwiegen werden darf, sehr ernsten Lage gegenüber. An maßgebender Stelle versichert man wohl, daß unsere militärische Lage sich in Mazedonien gebessert habe, doch rechnet man wohl mehr damit, die deutschen und österreichischen Truppen aus Mazedonien zurückzuziehen als dort eine neue deutsch-österreichische Front zu schaffen. Der Weg nach der Türkei soll, heißt es, alsdann über Odessa führen.

Unsere auswärtige Leitung ist von den Vorgängen in Bulgarien nicht überrascht worden, aber sie hat immer wieder geglaubt, die Gefahr beschwören zu können. Deshalb hat sie wohl wertvolle Maßnahmen versäumt. Man kann freilich heute über die Vorgänge noch kein abschließendes Urteil fällen. Aber verheimlichen können wir nicht, daß wir durch den bulgarischen Waffenstillstand politisch und militärisch schwer geschädigt worden sind. Wir können aus diesen Vorgängen nur wieder lernen; leider kommt uns diese Lehre sehr teuer zu stehen: wir hätten unsere Verbündeten anders behandeln müssen. Wir müssen auch jetzt in ein anderes Verhältnis zu der Türkei treten, wir müssen mehr und besser darauf achten, was in Oesterreich vorgeht. Wenn auch nicht zu befürchten ist, daß die Türken und Oesterreicher es den Bulgaren gleichtun, so kann doch einmal ein Notstand sie in Zweifel bringen. Dieser Zweifel darf nicht aufkommen. Es ist ein Fehler unserer auswärtigen Politik, daß sie immer zu zaghaft, zu rücksichtsvoll war. Die Nackenschläge haben wir jetzt, sie drohen uns von Rumänien. Zuverlässig scheint heute (man sollte es nicht für möglich halten) nur Rußland zu sein. Deshalb kommen wir auf den Ausweg, über Odessa nach der Türkei zu fahren.

Selbstverständlich arbeitet die Entente heute mehr denn je mit Lügennachrichten. Wir dürfen nicht alles glauben, was Reuter, Havas oder die neutrale Presse über die Vorgänge in Bulgarien berichtet. Die Entente will auch hier eine günstige Situation ausnützen. Wir müssen aus diesem Grunde fürs erste Zurückhaltung üben und leider die Dinge ihren Lauf nehmen lassen. Daß unsere Oberste Heeresleitung schon rechtzeitig die nötigen Maßnahmen treffen wird, nachdem unsere Politik versagt hat, wird wohl jeder glauben können.

Eröffnung und Vertagung der Sobranje.

Malinow verliest die Thronrede!

Aus Sofia wird vom 30. September gemeldet: Ministerpräsident Malinow eröffnete heute die außerordentliche Session der Sobranje mit folgender im Namen des Königs verlesenen Thronrede:

Meine Herren! Die allgemeine Lage des Landes und die besonderen Sorgen, deren es bedarf, um die zahlreichen Bedürfnisse der Armee zu befriedigen, die heldenhaft ihre Pflicht erfüllt hat, haben im Mai d. J. die Bildung der gegenwärtigen Regierung notwendig gemacht. Meine von der öffentlichen Meinung designierte und von Meinem Vertrauen getragene Regierung hat während des kurzen Zeitraumes, während dessen sie die Geschäfte des Landes führte, alles getan, was die Umstände ihr gestatteten, um die zahlreichen und schweren Probleme zu lösen, die die durch eine Reihe von Kriegsjahren geschaffene Lage ihr gestellt hat. Von der größten Loyalität gegen unsere Verbündeten erfüllt, hatten Ich und Meine Regierung nichts anderes im Auge als unsere Pflicht gegen das Vaterland zu erfüllen, und ihm, sowie unseren tapferen Truppen die Möglichkeit zu geben, zu einem ehrenvollen Frieden zu gelangen, entsprechend den schmerzlichen Opfern, die das Volk zur Erringung seiner Einheit auf sich genommen hat. In diesem Sinne wurde getan, was möglich war. Schließlich hat Meine Regierung nach reiflicher Erwägung der Lage beschlossen, unseren zahlreichen Gegnern den Vorschlag zu machen, in Verhandlung wegen Abschluß eines Waffenstillstandes und eventuell eines Friedens einzutreten. Die Regierung, die die geschaffene Lage und die Fülle der Fragen vor Augen hat, welche diese aufgeworfen hat und noch aufwerfen kann, hat beschlossen, die Nationalversammlung zu einer außerordentlichen Tagung einzuberufen. Es versteht sich von selbst, daß dies nicht ausschließt, daß die Nationalversammlung in ihrer außerordentlichen Tagung sich mit anderen Angelegenheiten wird beschäftigen können, die durch die Notwendigkeiten der gewöhnlichen regelmäßigen Verwaltung sich aufdrängen würden. In der Ueberzeugung, daß Sie bei Ihren Arbeiten und Entschließungen jene Geschicklichkeit, Weisheit und patriotische Gesinnung an den Tag legen werden, die der gegenwärtige Augenblick erfordert, flehe Ich den Segen des Allmächtigen auf Ihre Arbeiten herab und erkläre die vierte außerordentliche Session der 17. ordentlichen Nationalversammlung für eröffnet. Es lebe Bulgarien! (Lang anhaltender Beifall.)

Nach Verlesung der Thronrede folgte die übliche gottesdienstliche Handlung, worauf Ministerpräsident Malinow vorschlug, daß die Sobranje sich bis Freitag vertagen möge, damit er Volk und Vertretern der Nation eine erschöpfende Darstellung über die allgemeine Lage und namentlich über die Behufs des Abschlusses eines Waffenstillstandes und des Friedens eingeleiteten Verhandlungen geben könne. Die Versammlung nahm diesen Vorschlag an, worauf die Sitzung geschlossen wurde.

Kämpfe südlich vom Sofia.

Aus Sofia direkt in Berlin eingetroffene Nachrichten besagen, daß südlich von Sofia Kämpfe stattgefunden haben. Doch verlautet zunächst noch nichts darüber, zwischen welchen kriegführenden Parteien diese Kämpfe sich abgespielt haben.

Die „Neue Freie Presse" meldet aus Sofia: „Im gegenwärtigen Augenblick ist die Stimmung in Bulgarien viel ruhiger. Der Einmarsch deutscher und österreichisch-ungarischer Truppen in Sofia übt im allgemeinen eine gute Wirkung aus. Wie verlautet, steht die Bildung eines provisorischen Kabinetts bevor, in welchem mehrere Generale Platz finden sollen. Mit der Leitung des Kabinetts soll der frühere Unterrichtsminister im Ministerium Radoslawow Peschew, betraut werden. Peschew besitzt in der Sobranje einen großen Anhang. Die Reorganisation der Armee werden General Michael Sawow und General Toborow durchführen.

Eine Kundgebung von Bulgaren.

Wie die „Leipz. N. N." von unterrichteter Seite hören, ist von den sich in Leipzig aufhaltenden Bulgaren eine Kundgebung eingeleitet worden, worin sie ihren Volksgenossen ihre Entrüstung über das Vorgehen Malinows zum Ausdruck bringen und mit großer Entschiedenheit zur Bundestreue gegenüber Deutschland mahnen. Das bulgarische Volk wird aufgefordert, sein Vertrauen auf die Interessengemeinschaft mit den verbündeten Mittelmächten und auf deren Hilfsbereitschaft zu setzen.

Die Riesenschlacht im Westen.

Eine Dauerschlacht.

Die „Morning Post" meldet: Marschall Haig bezeichnet in seinen Befehlen an die Truppen die begonnene Großkampfschlacht als Dauerschlacht. Vorläufig ist kein Ende dieser Kämpfe abzusehen, es sei denn, daß die deutsche Front wankt, wozu aber bis jetzt sicher nicht die geringsten Anzeichen festzustellen sind. Die Hoffnungen auf eine schnelle Niederwerfung des Gegners in der neuen Kampfphase sind Utopien.

„Daily Mail" meldet von der Front in Frankreich: Die Massenangriffe der Alliierten, die mit zwei- bis dreifacher Ueberlegenheit ausgeführt werden, haben die neue deutsche Front bis jetzt nicht zerschmettert. Das Ueberraschungsmoment ist damit fortgefallen. Die Alliierten werden aber den Kampf fortsetzen, der den ganzen jetzigen und nächsten Monat andauern kann.

Der „Matin" meldet, daß die ganze Front vom Meere bis zur schweizerischen Grenze jetzt im Artilleriefeuer liege. Die Alliierten hätten die zweifache Artillerie aufgeboten, als sie ihnen in den Kämpfen dieses Sommers zur Verfügung gestanden habe.

Ferndeschießung von Dünkirchen.

Dem „Temps" zufolge wird Dünkirchen seit Sonnabend mittag systematisch mit weittragenden Geschützen beschossen. Die Geschosse fallen regelmäßig alle 5 Minuten, ohne jedoch das Leben in der Stadt zu beeinträchtigen.

Der österreichische Ministerpräsident über die Lage.

Die Friedensbereitschaft. Das Bündnis mit Deutschland.

In der Sitzung des Oesterr. Abgeordnetenhauses am 1. Oktober wies Präsident Groß auf die wiederholt von den Mittemächten vergeblich bewiesene Friedensbereitschaft hin. Darauf gab der Ministerpräsident Freiherr von Hussarek ein ausführliches Bild der gesamten Lage des Staates. Er führte u. a. aus:

Durch den Waffenstillstand von Bulgarien ist für die Monarchie im Südosten zweifellos eine ernste Lage geschaffen, doch ist sie keineswegs kritisch. Die entsprechenden militärischen Vorkehrungen sind im Vereine mit dem Deutschen Reiche getroffen. Wir dürfen der weiteren Entwicklung der Dinge auf dem Balkan mit Ruhe entgegentreten. Das festgefügte Bündnis mit Deutschland wird auch in Zukunft allen Proben des Schicksals unerschütterlich standhalten. (Zurufe: Los von Deutschland!) Durch die lange Dauer des Krieges drängt sich immer nachdrücklicher die Erwägung auf, ob sich nicht Mittel und Wege finden lassen, um die Gegensätze, aus denen der Weltkonflikt entstanden ist, durch Verständigung zwischen den kämpfenden Mächtegruppen auszugleichen. Einen besonders nachdrücklichen Schritt in dieser Richtung stellt die Zirkularnote des Ministers des Auswärtigen vom 14. September dar. Die künftige Regelung der internationalen Beziehungen kann nicht vom Schwerte erwartet werden, sie muß aus Verständigung hervorgehen. In der Tat hat sich ein gewisses Maß von Uebereinstimmung gezeigt, insbesondere in der Richtung, daß von dem seinerzeitigen Friedensschluß nicht nur die tatsächliche Beendigung des Kriegszustandes, sondern eine dauernde Sicherung des Friedens erhofft wird. Haben auch von der Monarchie ausgegangene Anträge zunächst noch kein praktisches Ergebnis gehabt, so lenken wir den Blick doch unausgesetzt auf die weitere Gestaltung der Dinge und sind stets zur Versöhnung bereit. Eines der wichtigsten Probleme liegt in der polnischen Frage. Polen ist im vollen Begriff, sich als unabhängiger Faktor zu etablieren. Wir achten die freie Selbstbestimmung Polens unbedingt und verlangen nur, daß sie auch von anderer Seite geachtet wird.

Kleine politische Meldungen.

Holländische Proteste in England. Die holländische Regierung hat bei der englischen Regierung wegen Verletzung des niederländischen Hoheitsgebietes durch englische Flieger am 21., 22., 23. und 25. August nachdrücklich protestiert. Die niederländische Regierung hat beschlossen, die zwei englischen Motorboote, die nach dem Gefecht mit deutschen Flugzeugen am 11. August in der Nähe von Terschelling im holländischen Küstengebiet angetroffen wurden, sowie ein dort aufgefundenes verlassenes englisches Motorboot zu internieren.

Belgiens Verzicht auf seine Neutralität. Eine Depesche des „Corriere della Sera" meldet, die belgische Regierung habe jetzt die Ententekabinette verständigt, daß sie nach dem Kriege auf jede Art obligatorischer Neutralität verzichten und sich die vollste Freiheit ihrer auswärtigen Beziehungen und Allianzen vorbehalten werde. Die Ententekabinette haben eine Antwort erteilt, welche die Billigung des belgischen Standpunktes ausspricht. — Die belgische Regierung in Le Havre hat sich also, das ist der klare Sinn dieser Meldung, mit Haut und Haaren dem Verbande verschrieben. Wenn von der „Freiheit der auswärtigen Beziehungen" Belgiens" gesprochen wird, so ist das nichts mehr als eine diplomatische Floskel.

Eine diplomatische Vertretung der Tschechen in London. Der Agentur Volta zufolge wird der tschechisch-slowakische Nationalrat bei der englischen Regierung eine regelrechte diplomatische Vertretung einrichten.

Züricher Bankbeamtenstreik. Nachdem trotz des Einschreitens des Züricher Regierungsrates nach 36stündigen Verhandlungen keine Einigung zwischen den streikenden Bankbeamten in Zürich und den Bankleitern erzielt worden ist, begann gestern ein Demonstrationsstreik. Alle Läden der Stadt, die Hotels, Restaurants und Kaffeehäuser sind geschlossen. Der Straßenbahnverkehr ist eingestellt. Die Abendzeitungen sind nicht erschienen. Große Scharen aller Bevölkerungsschichten durchziehen die Hauptstraßen. Die Ordnung ist musterhaft.

Mordanschlag auf Trotzki? Nach einer Meldung aus Helsingfors ist auf Trotzki in der russischen Stadt Bojansk ein Anschlag verübt worden. Trotzki erhielt eine Schußwunde in die Schulter, die aber nicht tödlich ist.

Gutschkow ermordet? Dem „Nowij Westnik" in Irkutsk wird aus Tobolsk gemeldet, daß der frühere Kriegsminister und Oktobristenführer Gutschkow auf der Fahrt nach Wladiwostok von Räuberbanden überfallen worden sei. Gutschkow sei von den Banditen so schwer verwundet worden, daß er kurz darauf seinen Verletzungen erlag.

Von Stadt und Land.

Aue, 3. Oktober.

Der König von Sachsen an Hindenburg. Der König hat an den Generalfeldmarschall v. Hindenburg folgendes Telegramm gerichtet: Gestatten Sie mir, Herr Feldmarschall, Ihnen meine wärmsten und aufrichtigsten Glück- und Segenswünsche zu Ihrem Geburtstage auszusprechen. Gott erhalte Sie in aller Kraft und Frische zum Heil und Segen unseres geliebten Vaterlandes in dieser schweren Zeit! Mit unbegrenztem Vertrauen und der festen unerschütterlichen Zuversicht, daß Gott unser Vaterland aus den jetzigen trüben Tagen zu neuer glänzender Machtstellung erheben wird, blicke ich heute als Bundesfürst und Soldat in Begeisterung zu Ihnen auf. Friedrich August.

Beförderung und Auszeichnung. Herr Paul Weber, ein früherer Bürger von Aue und seinerzeit Vorstandsmitglied im Militärverein Kavallerie, Artillerie, Pioniere und Train hat, wie wir erfahren, das preußische Verdienstkreuz für Kriegshilfe erhalten und ist zum Feuerwerksleutnant d. L. befördert worden.

Lebensmittel am Freitag: Graupen, Zwieback und Grieß.

Mehl statt Fleisch. Diese Woche ist wiederum eine fleischlose. An Stelle von Fleisch werden pro Kopf 185 g Mehl ausgegeben. Näheres in einer Bekanntmachung im Anzeigenteil der heutigen Nummer.

Kohlenkarten für Aue. Wir empfehlen die heutige Bekanntmachung des Rates der Stadt Aue im Anzeigenteil unseres Blattes über den Ausfall von Kohlenkarten der genauesten Beachtung.

r **Lesehungrige Diebe.** Ein nicht alltäglicher Diebstahl ist in den Nächten vom 29. zum 30. Sept. und vom 1. zum 2. Okt. in der Bahnhofstr. hierselbst ausgeführt werden. Dort wurden zwei Schaukästen der Buchhandlung Max Rothe erbrochen und daraus Romane, Taschenbücher populärwissenschaftlichen Inhalts und große Mengen Ansichtskarten gestohlen. An dem einen Schaukasten war das Schloß erbrochen und gestohlen worden, während am anderen die Fensterscheiben eingedrückt waren. Der Schaden dürfte 70 bis 80 M. betragen. Es wird angenommen, daß jugendliche Personen den Diebstahl ausgeführt haben.

Zur Aufführung des „Weibsteufel" in Aue. Das viel umstrittene und interessante Stück des österreichischen Dichters Schönherr wird, wie schon mitgeteilt, am Sonnabend den 6. Okt. Abends hier zur Aufführung kommen. Für die schwierige weibliche Hauptrolle, die eine ganze Künstlerin erfordert, ist die Sächs. Hofschauspielerin Lotte Crusius gewonnen worden. Der Vorverkauf in den Cigarrengeschäften von Lorenz und Müller ist eröffnet.

Ein falsches Gerücht. Unter der Bevölkerung ist die Meinung verbreitet, daß das aus dem gesammelten Laubheu hergestellte Mehl zum Strecken des Brotes verwendet werde. Wie uns von zuständiger Stelle mitgeteilt wird, ist das durchaus nicht der Fall. Das gesammelte Laubheu dient ausschließlich Fütterungszwecken. Diese unzutreffende Annahme ist wahrscheinlich dadurch entstanden, daß den Bäckern infolge Fehlens anderer Streckungsmittel auf einige Tage Sonnenblumenmehl und Leinkuchenmehl zugewiesen werden mußte, das von dunkler Farbe ist und deshalb mit gemahlenem Laubheu verwechselt wurde.

Ein Erlaß des Staatssekretärs des Kriegsernährungsamts. Der Staatssekretär des Kriegsernährungsamts hat unter dem 25. September an sämtliche ihm unterstellten Kriegsstellen und Kriegsgesellschaften nachstehenden Erlaß gerichtet: „Die dem deutschen Volke durch den Krieg aufgedrungene zwangsläufige Ernährungswirtschaft mit ihren scharfen Eingriffen in das Recht jedes einzelnen wird, je länger sie dauert, um so mehr als drückende Last empfunden. Es ist deshalb vornehmste Pflicht aller mit der Ernährungswirtschaft betrauten Stellen, diese Last möglichst erträglich zu gestalten. Erforderlich ist insbesondere hilfsbereites und verständnisvolles Entgegenkommen im mündlichen und schriftlichen Verkehr. Die Fülle der Verordnungen und die große Zahl der im Kriege entstandenen Dienststellen macht es für die Bevölkerung besonders schwierig, sich der Kriegsgesetzgebung anzupassen.